



(11.04.2017, revidiert 16.02.2018)

Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Zukunft der EU

I. Darstellung der Problematik:

- Wieder werden die **Notwendigkeit** und der **Nutzen der EU Kohäsionspolitik** ebenso hinterfragt, wie die **EU-Förderung aller Regionen**. Sektorale Politiken werden häufig favorisiert (und hauptsächlich an eine begrenzte Gruppe von Territorien gerichtet).
- In der EU weiter bestehende **Disparitäten** (bei Einkommen, Beschäftigung, Arbeitsproduktivität) werden **nicht nur zwischen Staaten, sondern in vielen Staaten auch auf regionaler Ebene** erkennbar.
- Von **Strukturschwächen und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit** gekennzeichnete Regionen finden sich **nicht nur in den Kohäsionsländern**, sondern auch in anderen Regionen, die sich schwer tun, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen. (Mangel an Infrastruktur, Qualifikation, sozialem Kapital, verpasster Strukturwandel).
- **Herausforderungen auf Makro-Ebene**, wie Globalisierung, Brexit, Sanktionen gegenüber Russland und Flüchtlingsfragen haben starke **Auswirkungen auf (externe) Grenzregionen**.
- Wichtige **Herausforderungen** (schneller wirtschaftlicher und sozialer Wandel, Umstrukturierung, Globalisierung, Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft, Bevölkerungsalterung, Jugendarbeitslosigkeit, Einwanderungsströme, Mangel an Arbeitskräften in Schlüsselbereichen etc.) betreffen **alle Mitgliedsstaaten und Regionen**, nicht nur die ärmeren Gebiete der EU.
- Kritisiert wird aktuell vor allem eine zu langsame **Umsetzung** und Verzögerungen beim **Mittelabfluss** der EU-Gelder, bessere Effektivität ist notwendig.

II. Unsere Antworten

- In einer Zeit, in der die EU immer häufiger in Frage gestellt wird, erweist sich die Europäische Kohäsionspolitik nicht nur als ein **Instrument zur wirtschaftlichen Entwicklung**, sondern auch als geeignet, die **EU den Menschen näher** zu bringen. Dies muss besser kommuniziert und von der Gesellschaft unterstützt werden. Die vom Ausschuss der Regionen gegründete Allianz für die Kohäsionspolitik stellt eine sehr gute Initiative dar.
- Sie **reduziert wirtschaftliche, soziale und territoriale Unterschiede** (europäische Solidarität als wesentliches Element der EU-Politik).
- Sie trägt wesentlich bei zu TEN-T, zu Innovation, Wettbewerb, einer effizienteren EU-Umweltpolitik und insbesondere zur territorialen Kooperation.
- Kohäsionspolitik ist eine Strukturpolitik, die **Wachstum und Beschäftigung** in allen **Regionen** der EU fördert (gemäß der Ziele der Europa 2020 Strategie) und **Investitionen in die reale Wirtschaft** ermöglicht.
- Sie **unterstützt eine polyzentrische Entwicklung** des EU-Territoriums mit ausgewogenen Entwicklungschancen zwischen Ballungsräumen/Großstädten und dem ländlichen Raum.
- Die **Kohäsionspolitik** zählt mit dem Binnenmarkt und der Währungsunion zu den **Eckpfeilern der europäischen Politik**. Sie ist ein wesentliches Instrument zur **Implementierung der Währungsunion**.
- Als „**horizontale EU-Politik**“ befasst sie sich als einzige ausdrücklich mit wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt.
- Sie sollte daher als **Rahmen für sektorale Politiken** dienen, der die so oft geforderte **bessere Abstimmung ermöglicht**.
- Sie ist keine **passive Politik** (z. B. Umverteilung von Einkommen), sondern eine **dynamische Politik** zur Schaffung von Ressourcen und zur Nutzung von Potentialen.
- Die **EU-Kohäsionspolitik** (Art. 158 EU-Vertrag) dient den Interessen der gesamten Gemeinschaft, nicht nur der finanziellen Unterstützung der ärmsten Regionen. Es bedarf daher einer **Kohäsionspolitik für die gesamte EU und für alle Regionen** und nicht nur einer Mittelverschiebung bzw. Konzentration. Dies können sektorale Politiken nicht leisten.

- **Kohäsions- und Regionalpolitik bietet die geeigneten Instrumente** um intelligent und schnell auf makroökonomische Herausforderungen **zu reagieren** und **Bottom-up-Lösungen zu schaffen**.
- Die Kohäsionspolitik dient als Katalysator zur **Mobilisierung von nationalen und regionalen Maßnahmen und Ressourcen**, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

II. Kohäsions- und Regionalpolitik als europäische Strategie

- Eine in sich kohärente und langfristige **EU Politik ab 2020** muss **alle** wesentlichen Bereiche der **Politik** umfassen und eine **bessere Abstimmung** zwischen ihnen als bisher gewährleisten.
- Diese Politik muss im Hinblick auf die **Auswirkungen der europäischen Integration in Vielfalt und der Globalisierung** verstärkt eine **polyzentrischere Entwicklung** des Gemeinschaftsgebietes fördern. Hierzu ist die Kohäsionspolitik bestens geeignet.
- Daher sollte **mindestens das derzeitige Niveau der finanziellen Mittel für die Kohäsionspolitik beibehalten werden**. Die Kohäsionspolitik sollte in der gesamten EU sichtbar bleiben und zwei Konzepte verfolgen:

- Förderung und Vorwegnahme des regionalen Wandels

Langfristige Entwicklungsstrategien und Programme auf regionaler Ebene helfen städtischen und ländlichen Gebieten bei der Überwindung von Problemen durch wirtschaftliche Umstrukturierung und sonstige Benachteiligungen,

- Eingehen auf territoriale Besonderheiten

Bestimmte **schwere und dauerhafte natürliche oder demographische Nachteile (siehe Artikel 174 EGV) verschärfen Entwicklungsprobleme**. Dies gilt insbesondere für Regionen in äußerster Randlage, Grenzgebiete, zahlreiche Insel- oder Berggebiete, Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte, oder für Probleme in Städten.

- Eine **Konzentration** der Kohäsions- und Regionalpolitik **nur auf Wachstum** und **Beschäftigung** birgt erhebliche **Gefahren** in sich:
 - Der **politische Konsens** über die Notwendigkeit einer europäischen Kohäsionspolitik wird in **Frage gestellt**, wenn nur von Konvergenz zwischen den Staaten und nicht zwischen Regionen gesprochen wird.
 - **Wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum** nur auf staatlicher Ebene zu messen und nicht auch **auf regionaler Ebene**, wird der Vielfalt in Europa nicht gerecht. Es ist eine unbewiesene Annahme, zu glauben, dass Wachstum auf staatlicher Ebene früher oder später automatisch auch Wachstum in benachteiligten Regionen mit sich bringt.
 - Die **Ansätze** für eine zukünftige Ausrichtung der europäischen Regional- und Kohäsionspolitik, erarbeitet mit der EU-Kommission in zahlreichen Treffen, **werden übergangen**.
 - Die **Bedeutung der Landwirtschaft** für die Umwelt, die Einkommenserzielung und die Pflege der Landschaft und Naturräume im ländlichen Raum wird übersehen, ohne dass notwendige Alternativen aufgezeigt werden.
 - Es wächst damit die **Gefahr einer Renationalisierung** bestimmter Politikbereiche, um den notwendigen Ausgleich für benachteiligte Regionen zu schaffen.
 - Es entsteht ein **gesellschaftspolitisches Konfliktpotential** in der Akzeptanz einer solchen Ausrichtung der EU.
 - Entsprechend den Ergebnissen der **Luxemburger Präsidentschaft** ist daher die Kohäsionspolitik notwendig und zu stärken.
 - Die Kohäsionspolitik sollte eine Politik für **ALLE EU** Regionen bleiben. Ein ähnlicher Ansatz sollte in ENP, IPA und weiteren an Nachbar- und Heranführungsländer gerichteten Instrumenten beibehalten werden. Das wachsende Bewusstsein für die Kohäsion in den Entwicklungsprogrammen mit Drittländern ist sehr zu begrüßen, denn es zeigt auch, dass der Kohäsionsansatz eine gute Strategie für eine nachhaltige, integrierte und intelligente Entwicklung in Europa und auf anderen Kontinenten darstellt.

III. Schlussfolgerungen

Kohäsions- und **Regionalpolitik** haben sich als **gut geeignete, langfristige** Politik zur Erreichung von **EU-Zielen** erwiesen, nämlich Bottom-up-Integrationsprozesse mit einer stärkeren Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft, die Erzeugung authentischer Gefühle einer europäischen Bürgerschaft auf der Grundlage von Vertrauen über nationale Grenzen hinweg, Förderung von Partnerschaften und Netzwerken für Innovation und intelligente Spezialisierung, Einbeziehung der meisten europäischen Gebiete in anrechenbare Ausschreibungen, und mehr als EU-Länder mit der ENP, IPA und anderen, und viele andere Gründe. **Kritik an Umsetzung** und dem **Mittelabfluss** bedeutet: **Nicht die Kohäsions- und Regionalpolitik**, sondern die **Instrumente** müssen **geändert und verbessert** werden. In diesem Sinne hat die AGEG auch ein Positionspapier zur Vereinfachung der Verwaltung und des Managements sowie zu anderen Aspekten im Zusammenhang mit Programmen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit ausgearbeitet, beispielsweise zur Dezentralisierung zukünftiger Interreg-Programme (operationelle Programme mit Subprogrammen) und die Bedeutung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Kohäsions- und Regionalpolitik der EU.